

RATHAUS DEPESCHE



INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION / AUSGABE NR. 198 05/2024



spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de



facebook.com/spd.nuernberg



instagram.com/spdnuernberg

Unsere Innenstadt braucht Konzepte

Das Kaufhofgebäude ist ein wichtiger Baustein für die Entwicklung unserer Innenstadt

Während andere noch Fantasien über den Totalabriss eines denkmalgeschützten Gebäudes gehegt hatten, haben wir bereits im Februar eine Machbarkeitsstudie und die Prüfung einer städtischen Gewerbeentwicklungsgesellschaft beantragt. Ziel ist, eine fundierte Grundlage für die Entwicklung des Kaufhof-Gebäude in der Innenstadt zu bekommen. Und damit echte Kriterien als Entscheidungsgrundlage für Kauf oder Nicht-Kauf des Gebäudes zu haben. Das Kaufhofgebäude ist ein wichtiger Baustein für die Entwicklung unserer Innen-

stadt. Die Möglichkeit zum Kauf des Gebäudes durch die Stadt rückt näher – und wir als SPD-Stadtratsfraktion waren die ersten, die ihre Offenheit für diese Option geäußert haben. Es ist gut, dass sich unser Kooperationspartner, die CSU, dem angeschlossen hat. Unser Antrag muss jetzt vom Wirtschaftsreferat bearbeitet werden. Durch die Ausweisung des Stadterneuerungsgebiet Altstadt Mitte im Stadtplanungsausschuss vom 16.11.2023 hat die Stadt Nürnberg einen Anspruch auf Städtebaufördergelder, die sehr hilfreich bei der

Erstellung von Entwicklungsperspektiven und Entwicklungskonzepten mit fachlichen Expertisen sind.

Kurz: jetzt ist die Zeit, Meilensteine für die Entwicklung unserer Innenstadt zu setzen. Wir als SPD-Fraktion sind bereit!

Grundsätzlich halten wir ein Kongresszentrum für eine mögliche Option für eine neue Nutzung des Kaufhof-Gebäudes. Der Bedarf wurde ja durch mehrere Studien in den letzten Jahren belegt. Es muss aber darauf geachtet werden, dass es zu keinen Kanibalisierungseffekten mit der Meistersinger->



„die Anziehungskraft unserer Region nachhaltig zu stärken“. Um dieses überregionale Ziel erreichen zu können, sehen wir bei allen großen Projekten den Freistaat mit in der Pflicht.

Zu diesem Angebot gehören für uns ganz klar: der Frankenschnellweg und als zukunftsgerichtetes Verkehrsprojekt die StUB, aber auch das Opernhaus und das Stadion. Wir widmen uns jedoch nicht nur den großen Themen der Stadtpolitik, sondern gehen auch in die Stadtteile und nehmen für unsere Arbeit im Stadtrat die Anliegen der Menschen mit auf. Das ist uns besonders wichtig. Unsere Stärke ist es, einen Interessensausgleich zwischen den verschiedenen Themen und Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Wir wünschen Ihnen eine informative Lektüre!

Euer Vorstandsteam Christine Kayser, Claudia Arabackj und Gerhard Groh

Liebe Leserinnen und Leser der Rathausdepesche,

direkt nach dem erfolgreichen Aufbruchs-Parteitag der SPD Nürnberg am Wochenende hat auch die SPD-Stadtratsfraktion die Weichen gestellt. Bei der turnusgemäßen Neuwahl des Fraktionsvorstands wurden wir, Christine Kayser als Fraktionsvorsitzende und Claudia Arabackj und Gerhard Groh als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, wiedergewählt. Wir bedanken uns bei unserer Fraktion für

das entgegengebrachte Vertrauen und freuen uns auf die weitere Arbeit als Team für unser Nürnberg! Angesichts der Herausforderungen für unsere Stadt setzt die SPD-Fraktion auf Kontinuität und Aufbruch zugleich. In der Rathauskooperation setzen wir die wichtigen Impulse und bearbeiten kontinuierlich die Themen, für die wir als SPD stehen. Wir bringen die großen Infrastrukturprojekte für die ganze Metropolregion voran. Die Metropolregion mit über 3,6 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern darf bei ihrem selbst gesteckten Ziel nicht versagen,

SPD Fraktion
im Stadtrat
Nürnberg

halle kommt. Die eigene Entwicklung durch eine städtische Gewerbeentwicklungsgesellschaft könnte kostengünstiger sein als ein Investorenmodell, bei dem die Stadt langfristig teure Verpflichtungen für eine Rückmiete eingeht.

Wir als SPD-Stadtratsfraktion sehen bei der Innenstadtentwicklung das große Ganze. Auf Initiative der SPD wurde schon 2021 die Fußgängerzone erweitert in der Königsstrasse. Der nächste Schritt wird jetzt die Neugestaltung sein.

Wir wollen in der Nürnberger City Orte des Wohlbefindens, der Kommunikation und der Identifikation schaffen. Vor allem bei der Familienfreundlichkeit sehen wir Entwicklungspotenzial. Auf unseren Antrag hin wird nun ein Fördertopf mit 40.000 € jährlich für die Entwicklung der familienfreundlichen Innenstadt eingerichtet.



Zu einer familienfreundlichen Innenstadt gehören ein „Pop-Up-Store für Familien“, vor allem aber Spielplätze, die mit Bänken flankiert sind – während die Kleinen spielen und

auf Ihre Arten die Stadt erleben, können die Eltern sich auf einer Bank im Schatten eines Baumes entspannen. Auch Kunstobjekte und viel Grün sollen mit eingeplant werden.

Frankenschnellweg: Für SPD steht Schutz der Anwohner*innen im Fokus

Vorgezogener Baubeginn im Abschnitt West – Klarheit zu Kosten und Förderung



Die SPD sieht beim Frankenschnellweg das große Ganze. Vor allem steht für uns der Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner im Fokus. Besonders wichtig ist, dass wir für den Abschnitt West den vorgezogenen Baubeginn bekommen und damit der Ausbau des Lärmschutzes und des Grünen Portals begonnen wird. Deshalb haben wir in der Stadtratssitzung im März erste vorbereitende Schritte beschlossen, für den vorgezogenen Baubeginn im West, den Lärmschutz.

Ansonsten ist der Frankenschnellweg dringend sanierungsbedürftig. Die Minimallösung ist eine reine Bestandssanierung der Straße in der bestehenden Form, ohne Verbesserung für die Verkehrssituation und vor allem ohne Mehrwert für die Anwohnerinnen und Anwohner. Die desolate Situation „An den Rampen“ würde so bleiben, wie sie ist. Die Kosten von 150 – 170 Millionen für eine reine Bestandssanierung müsste die Stadt Nürnberg alleine tragen. Ein „Nichtstun“ ist überhaupt keine Option.

Wir sind überzeugt davon, dass der Ausbau des Frankenschnellwegs für viele Menschen eine Verbesserung bringen wird.

Die juristische Auseinandersetzung hat im Abschnitt West die Verbesserung beim Lärmschutz für die Anwohnerinnen und Anwohner um viele Jahre verzögert und auch E-Autos stehen im Stau.

Zu jeder Alternativplanung - zum geplanten und vom Gericht bestätigten kreuzungsfreien Ausbau – muss ein komplett neuer Planungsprozess mit Planfeststellungsverfahren gestartet werden und dann könnte der Rechtsweg für die neue Planung wieder von Neuem beginnen. Das haben wir ja jetzt 10 Jahre lang erlebt, wie lang das dauern kann, bis Rechtsicherheit für einen Baubeginn besteht.

Deshalb können wir nicht von neuen Ansätzen beim Frankenschnellweg sprechen, wie wir im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner sowie der Verkehrsteilnehmer schneller, günstiger und zeitgemäßer zu einer tragfähigen und umweltfreundlichen Lösung kommen könnten.

Bevor die Stadt bauen kann, sind jedoch noch wichtige Finanzierungsfragen zu klären. Eine aktuelle Kostenberechnung soll im Herbst vorliegen. Und dann muss auch die verbindliche Zusage zur Förderung durch den Freistaat stehen. Die bisherigen Aussagen des Ministerpräsidenten gegenüber der Presse halten wir, angesichts der Größenordnung des Projekts, für nicht ausreichend belastbar. Je nachdem, welche Fördertöpfe zusätzlich zur Verfügung stehen, liegt der Eigenanteil, den die Stadt aufbringen muss, bei 20%, bei 25% oder bei 30% der Gesamt-

kosten. Nach Überzeugung der SPD-Stadtratsfraktion muss die Förderung 80% der gesamten Kosten umfassen. Sonst könnte der Ausbau an den Finanzen scheitern. Denn aktuell sind noch zentrale Fragen offen: Wie viel kostet der Ausbau am Ende? Hält der Freistaat sein Versprechen für eine großzügige Förderung auch ein? Bekommen wir nur die reine Straße gefördert? Gibt es weitere Fördertöpfe, beispielsweise für die Maßnahmen zur Stadtentwicklung? Wie hoch ist der Eigenanteil, den die Stadt aufbringen muss?

Nicht nur wir – die SPD-Fraktion – sondern auch die Nürnbergerinnen und Nürnberger erwarten hier Klarheit.

Es ist auch vollkommen klar: für die anderen Großprojekte, die durch den Freistaat in Nürnberg gefördert werden, müssen nun rasch belastbare Förderzusagen kommen. Der Verdacht, dass für den Ausbau des Frankenschnellwegs, das Opernhaus oder das Stadion weniger stark gefördert oder gar geopfert werden, darf gar nicht erst aufkommen!



Christine Kayser

Harald Dix

Nasser Ahmed

Wohnraum für Auszubildende

Menschen in Ausbildung haben es auf dem Wohnungsmarkt schwer

Wir wollen als SPD-Stadtratsfraktion nun handhabbare und gleichzeitig für die Zielgruppe hilfreiche Möglichkeiten der Schaffung von bezahlbaren Wohnmöglichkeiten für Auszubildende auf den Weg bringen. Daher haben wir einen Antrag gestellt, um einen Überblick über die Situation für Aus-

zubildende auf dem Wohnungsmarkt zu bekommen. Dabei sollen alle Wohnformen und Förderansätze berücksichtigt werden. Mit dem Förderprogramm „Junges Wohnen“ hat die Bundesregierung Mittel für den Bereich bereitgestellt und auch der Freistaat Bayern hat Anfang des Jahres Richtlinien für die Förderung von Wohnungen für Auszubildende erlassen. Andere Kommunen wie München sind auf diesem Feld bereits seit einigen Jahren unterwegs und haben bereits vor dem Förderprogramm Initiativen wie das Azubiwerk München auf den Weg gebracht. Wir halten es für dringend erforderlich, dass Nürnberg hier ebenfalls aktiv wird.

Wir sehen das nicht alleine als wohnungsbaupolitische Herausforderung, sondern als handfeste wirtschaftspolitische Maß-

nahme. Attraktive und bezahlbare Wohnmöglichkeiten für Azubis sind in Zeiten des Fachkräftemangels ein absolut wichtiger Standortfaktor für Nürnberg.

Wir wollen daher die relevanten Akteur*innen aus der Wirtschaft mit einbeziehen. Insbesondere wollen wir natürlich auch die Vertreter*innen der Betroffenen als Expert*innen in eigener Sache mit einbinden. Die Stadt soll dazu einen Runden Tisch initiieren, der sich mit der Wohnsituation der Auszubildenden und möglichen Lösungsansätzen befasst.



Fabian Meissner

NSU-Dokumentationszentrum in Nürnberg ansiedeln!

Wir freuen uns über die Entwicklung, die die Diskussion um die mögliche Einrichtung des NSU-Dokumentationszentrums in Nürnberg annimmt



Impressum

Herausgeber:

SPD-Stadtratsfraktion
Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Verantwortlich: Christine Kayser

Grafische Gestaltung: Michael Graf

E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de

Tel: 0911 - 2312906

Fax: 0911 - 2313895

Bereits 2021 hat die SPD mit einem Antrag ihren Wunsch und die Bereitschaft klargestellt, das NSU-Dokumentationszentrum in Nürnberg anzusiedeln. Mit unserem Antrag von vor über zwei Jahren haben wir geschafft, dass Nürnberg auch in den bisherigen konzeptionellen Überlegungen eine wichtige Rolle eingenommen hat.

Nicht nur die traurige Tatsache, dass drei Opfer der Mordserie Nürnberger waren, sondern auch die daraus entstandene Erinnerungskultur, die nahtlos an den großen erinnerungskulturellen Diskurs, den die Stadt Nürnberg als Stadt der Reichsparteitage und der Rassengesetze in den letzten

Jahrzehnten geführt hat und sich mit ihren Institutionen zur Stadt der Menschenrechte entwickelte, macht es aus unserer Sicht unmöglich, eine Einrichtung mit den in der Machbarkeitsstudie beschriebenen Zielen ohne Nürnberg umzusetzen.

Wir sind froh um jede Lösung, die am Ende zur Realisierung des Vorhabens in Nürnberg führt, auch eine dezentrale Lösung wie es in der Studie angedacht ist, passt gut zum bisherigen Konzept der Stadt. Ein modulares Konzept kann, als Alternative zu einem Einzelstandort, die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen stärken und durch eine Wechselwirkung zwischen der Erinnerungsarbeit und der Menschenrechtsbildung die Arbeit des NSU-Dokumentationszentrums zukunftsweisend aufstellen.

Die SPD-Stadtratsfraktion wird alles daran setzen, dass ein Erinnerungsort und das NSU-Dokumentationszentrum in Nürnberg realisiert wird, auch wenn andere Städte natürlich ein berechtigtes Interesse daran haben, in ihrer lokalen Auseinandersetzung unterstützt zu werden.



Anja Pröhl-Kammerer



Diana Liberova

Meilenstein zur Kommunalen Wärmeplanung – Vergabe nun erfolgt

Wir haben das Herzstück zur Klimaneutralität auf den Weg gebracht

Die kommunale Wärmeplanung ist das Herzstück zur Erreichung des städtischen Ziels der Klimaneutralität. Mit dem Abschluss des Ausschreibeverfahrens zur Vergabe der kommunalen Wärmeplanung geht die Stadt Nürnberg nun einen weiteren Schritt in Richtung Zukunft.

Bereits 2022 haben wir im Rathaus die Erstellung eines kommunalen Wärmeplans gefordert. Mittlerweile ist so ein Wärmeplan gesetzliche Pflicht. Der SPD ist zu verdanken, dass Nürnberg hier früher dran ist, als viele andere Kommunen in Deutschland. Wir freuen uns, dass mit dem Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom Dezember 2022 frühzeitig Fakten geschaffen wurden und die Umsetzung nun Fahrt aufnimmt. Denn die Bürgerinnen und Bürger brauchen so schnell wie möglich Planungssicherheit. Besonders nach den Kampagnen gegen das Heizungs-

gesetz im vergangenen Jahr herrschte große Unsicherheit. In Form einer eigenen Veranstaltung mit den Experten Maik Render, Vorstandssprecher der N-Ergie AG und Claudio Paulus, Obermeister der Innung für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik und Flaschnerei Nürnberg/Fürth haben wir den Fake-News Fakten entgegengesetzt. Der sozialen Aspekte bei der Wärmewende ist, dass alle sich die Kosten mit dem Fernwärmenetz für das klimaneutrale Heizen in einer Großstadt – wie Nürnberg teilen können.

In diesem Zusammenhang ist sehr positiv, dass der Fernwärme in Nürnberg bereits jetzt mehr als 50.000 Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen – etwa ein Viertel des Wärmebedarfs in Nürnberg wird heute durch Fernwärme bereits gedeckt. Die N-Ergie baut in den kommenden Jahren das Fernwärmenetz stark aus, so dass bis 2040 ein Versorgungsanteil von bis zu 50 Prozent erreicht werden könnte. Bei unseren neuen Stadtteilen, wie Wetzendorfer

Park, Tiefes Feld und Lichtenreuth wird die Versorgung mit Fernwärme mit eingeplant sein. Zusätzlich wird an den bestehenden Fernwärmetrassen das Fernwärmenetz weiter verdichtet, um vielen Haushalten einen Anschluss zu ermöglichen. Wir gehen davon aus, dass wir das Gebiet innerhalb des Innenstadtrings nahezu komplett ans Fernwärmenetz anschließen können.

Wichtig wäre das die Stadt Nürnberg für die Wärmewende eine hohe Bundesförderung erhält. Die Schuldenbremse gehört reformiert. Die Schuldenbremse ist eine Investitionsbremse für Zukunftsinvestitionen zum Klimaschutz. Hier sind alle Parteien in der Pflicht, für eine Reform zu sorgen.



Christine Kayser



Gerhard Groh

SPLITTER

AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTEILEN

Weg der Partnerstädte

Ein Weg, der die Wöhrder Wiese quert, wird in „Weg der Partnerstädte“ umbenannt. An den Enden werden insgesamt 15 Bäume neu gepflanzt – einer für jede Partnerstadt. Durch Stelen wird durch Stelen und Plaketten über die jeweilige Partnerstadt und die Städtepartnerschaften informiert. Die Initiative greift den Gedanken eines Antrags der SPD aus dem Jahr 2018 auf. 2024 wird angesichts mehrerer Partnerschaftsjubiläen ganz besonders auf das Miteinander in Vielfalt hingewiesen. Unsere 70-jährigen Freundschaften mit Venedig mit Nizza – geschlossen keine zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges – zeigt, dass ein friedliches Zusammenleben möglich ist. Gleichzeitig mahnt uns die Tatsache, dass unsere Partnerschaft Charkiw seit zwei Jahren von Russland bombardiert wird, dass ein friedliches Zusammenleben keine Selbstverständlichkeit ist und Städtepartnerschaft nicht nur gemeinsam zu feiern bedeutet, sondern auch solidarisch füreinander einzustehen! Dasselbe gilt für unsere Partnerstadt Hadera.

Keine Spachverbote für Nürnberger Lehrer*innen

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt sich gegen die populistische Verbotspolitik der Staatsregierung in München in Bezug auf den Einsatz von gendersensibler Sprache an städtischen Schulen und möchte diese und deren Lehrkräfte ermutigen, weiterhin den Gedanken von Vielfalt, Toleranz und Antidiskriminierung in ihrem Sprachgebrauch und in den Unterricht mit aufzunehmen und hierdurch zu fördern. Daher hat die SPD-Stadtratsfraktion einen Antrag zum Genderverbot an Schulen gestellt und bittet die Stadtverwaltung um Auskunft darüber, welche Bedeutung und Auswirkungen diese neue Regelung für die städtischen Beamt*innen konkret hat.

Bahnhof Märzfeld – der Weg zum Erinnerungs- und Opferort beginnt Sichtbarmachung und Einbettung in die erinnerungskulturelle Arbeit

Lange wurde dem in Langwasser liegenden „Bahnhof Märzfeld“ keine ausreichende Beachtung zu Teil. Nun endlich begannen Mitte April die Arbeiten zur Sichtbarmachung der Geschichte des Ortes als Erinnerungs- und Opferort. Für viele Opfer des Nationalsozialismus und der Shoa war der Bahnhof eine letzte Station vor der Verschleppung und dem Tod in NS-Vernichtungslagern in ganz Europa von Treblinka bis nach Riga. Den Bahnhof daher zu einem Ort der Erinnerung und der Sichtbarmachung der Namen dieser Opfer zu machen, ist ein wichtiger Teil des Gedenkens und der Erinnerungskultur, gerade hier in Nürnberg mit seiner besonderen geschichtlichen Verantwortung.